

Für Menschenwürde und Demokratie.

Zeichen setzen in Alltag und Öffentlichkeit

Rechtsradikalismus heißt Gewalt: Gewalt gegen Andere, gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Andersaussehende. Mit Gewalt, mit brutaler Gewalt und stetiger Gewaltbereitschaft, ist der Nationalsozialismus im Deutschland der Weimarer Republik aufgestiegen, um dann, nach der Zerstörung der Demokratie, eine Herrschaft der Gewalt zu errichten, eine Herrschaft, die mit Terror und Verfolgung begann und in Krieg und Massenmord endete.

Gewalt und Gewaltbereitschaft, sie kennzeichneten den alten Rechtsradikalismus, der 1933 zur Staatsideologie werden konnte. Gewalt und Gewaltbereitschaft, sie kennzeichnen aber auch den neuen Rechtsradikalismus, den Neonazismus, der sich breit macht nicht nur in unserem Land, der aber gerade hier in den letzten Jahren sein grässliches Haupt mit einer Serie brutaler Mordtaten in kaum vorstellbarer Weise wieder erhoben hat. Und ähneln sie sich nicht, die Formen der Gewalt, derer sich die Nationalsozialisten bedienten, gerade auch vor 1933, und die Gewalt, zu der heutige Rechtsradikale bereit sind?

Die Zeitungen der Weimarer Republik, sie waren voll von Berichten über brutale Übergriffe von Nationalsozialisten auf politische und weltanschauliche Gegner, auf Sozialdemokraten, auf Kommunisten und immer wieder auch auf Juden. Berichte wie der, den ich einer hessischen Zeitung entnahm, finden sich – so oder ähnlich – überall in der deutschen Presse: „Seit der Silvesternacht“, so hieß es am 5. Januar 1933 im „Kasseler Volksblatt“ über einen Vorfall in Hersfeld, „treiben die Nazis mit einer beispiellosen Frechheit in den Straßen und bestimmten Lokalen ihr Unwesen. Fast kein Tag vergeht, an dem diese Burschen sich nicht an Andersdenkenden vergreifen. ... Die Krone“, so fuhr der Bericht fort, „setzten diese Burschen ihrem Treiben damit auf, dass sie am Dienstagabend ... vier jüdische Geschäftsreisende aus Frankfurt ... überfielen und übel mit Messern und Schlagwerkzeugen zurichteten“. Vor Gericht mussten sich die Täter nicht verantworten.

Das zum Glück unterscheidet den Vorfall in Hessen vor 80 Jahren von dem rechtsradikalen Überfall auf das Regensburger Restaurant „Picasso“ im Juni 2010, bei dem das Lokal

verwüstet und der Barkeeper brutal zusammengeschlagen wurde, weil er sich wenige Tage zuvor schützend vor eine farbige Mutter mit ihrem Kind gestellt hatte, die vor dem „Picasso“ rassistisch angepöbelt und beleidigt worden war. In einem Strafverfahren ein Jahr später verurteilte das Landgericht Regensburg den Hauptangeklagten, einen mehrfach vorbestraften Neonazi, wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe.

Doch die Folgen des „Picasso“-Überfalls erschöpfen sich nicht in dem Strafprozess. Noch im Sommer 2010 entstand in Regensburg die Initiative „Keine Bedienung für Nazis“, die heute den Preis „Das unerschrockene Wort“ der Luther-Städte erhalten wird. Es begann mit einer Erklärung unter der Überschrift „Die Regensburger Gastronomie zeigt Zivilcourage gegen Nazis und Rassisten“, der sich rasch über 130 Regensburger Gastronomen anschlossen. Doch die Initiatoren blieben dabei nicht stehen und machten aus dem punktuellen Signal eine dauerhafte Aktion. Mittlerweile prangen an den Eingängen von immer mehr Regensburger Lokalen Aufkleber mit den Worten „Rassisten werden hier nicht bedient“, und die Initiative hat Informationsmaterial zusammengestellt zum Umgang von Gastronomiebetreibern mit Rechtsradikalen. Längst ist das Signal auch außerhalb der Oberpfalz gehört worden, und in einer Reihe bayerischer Kommunen – Nürnberg ist darunter, aber auch die Luther-Stadt Coburg – hat das Regensburger Beispiel Nachahmung gefunden.

Die Regensburger Initiative setzt an einem entscheidenden Punkt an: Gewalt, gerade auch rechtsradikale Gewalt, vom martialischen Aufmarsch bis hin zum tätlichen Angriff auf Andersdenkende, sie braucht den öffentlichen Raum, zumindest aber das öffentliche Echo, die öffentliche Wahrnehmung, die Gelegenheit zur Inszenierung und Selbstdarstellung.

Gewalttaten von rechts, auch wenn sie häufig feige und hinterhältig ausgeführt werden, sie können ihre Wirkung nur erzielen, wenn die Öffentlichkeit von ihnen erfährt. Rechtsradikale wollen einschüchtern: ihre Opfer, aber auch unsere Gesellschaft insgesamt. Sie wollen Angst verbreiten, Angst und Schrecken – *Terror* – und ganz gleich, ob es sich nun um die Regensburger Neonazi-Szene handelt oder andere rechtsradikale Gruppen auf lokaler Ebene: Sie alle gehören zu den Wegbereitern und Vorfeldorganisationen von Terrornetzwerken wie dem „Nationalsozialistischen Untergrund“, das genau aus solchen Vorfeldstrukturen heraus entstanden und unterstützt worden ist und dort bis heute seine Anhänger findet. Auch deshalb ist die Verleihung des diesjährigen Preises das richtige Signal zur richtigen Zeit.

Denn wenn und weil der Rechtsradikalismus auf öffentliche Wirkung zielt, dann muss es auch aus der Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit deutliche, deutlich wahrnehmbare Zeichen gegen rechtsradikales Denken und rechtsradikale Gewalt geben. Und diese Zeichen müssen

sichtbar sein: sichtbar, mitten im öffentlichen Raum, mitten in unserem Alltagsleben. Und sind nicht Kneipen und Bars, Cafés und Restaurants Orte unseres Alltagslebens? Orte, an denen Zeichen gesetzt werden können? Zeichen gegen die Gewalt von rechts, die nicht, zumindest aber nicht ausschließlich, in Kampfstiefeln, Bomberjacken und mit kahl geschorenen Köpfen daher kommt, sondern auch in Anzug und Krawatte?

Wer im öffentlichen Raum in so unmissverständlicher Weise Zeichen setzt, wie das die Regensburger Initiative tut, und wer Rechtsradikalen dadurch zugleich Öffentlichkeit verweigert, der setzt sich einem Risiko aus und beweist schon alleine dadurch Mut. Der Aufkleber, der heute im Eingang von immer mehr Regensburger Gaststätten zu sehen ist, ist ein „Unerschrockenes Wort“ im allerbesten Sinne, weil es nicht nur eine Meinung artikuliert und sich der Einschüchterung entgegen setzt, sondern auch weil es sich für den Kern unseres demokratischen Gemeinwesens einsetzt, für die Menschenwürde und die aus ihr abgeleiteten Prinzipien von Freiheit und Gleichheit der Menschen – aller Menschen.

Das ist ohne jede Frage schon preiswürdig genug. Aber der Regensburger Initiative geht es nicht nur um das Wort. Es geht ihr auch um das Handeln, ja, das Handeln ist in diesem Fall die zwangsläufige Folge des Wortes. Das bedeutet eine große Verpflichtung, eine große Selbstverpflichtung und damit einen hohen Anspruch und eine hohe Verantwortung, die individuellen Mut, Beherztheit und Konsequenz erfordern. Denken und Handeln, das Wort und die Tat: Mir scheint es nicht schwer, von hier aus den Bezug zu Martin Luther herzustellen, dessen Wirken die Stifterstädte des Preises verbindet.

Die Organisatoren und die Teilnehmer der Regensburger Initiative unterstreichen durch ihre Aktion auch, dass das Problem rechtsradikaler Gewalt auf allen Ebenen und nicht zuletzt in seinen lokalen Ausformungen, in dem Treiben lokaler Neonazis, ihrer Pöbelei, ihrer Aggressivität, ein eminent politisches Problem ist. Das freilich ist leicht gesagt, und wer würde dem schon widersprechen? Aber ist es nicht eine Entpolitisierung, eine verharmlosende Entpolitisierung noch dazu, wenn gar nicht so Wenige die rechtsradikale Gewalt und insbesondere die rechtsradikal motivierte Gewalt jüngerer Menschen als „Jugendstreiche“, als mehr oder weniger lässliche „Jugendsünden“ betrachten. Ich will damit nicht die individuellen, die familialen und sozialen Ursachen und Hintergründe auch rechtsradikaler Gewaltbereitschaft, gerade unter Jugendlichen, klein reden, die die Empfänglichkeit für rechtsradikale Angebote schaffen beziehungsweise erhöhen. Aber sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als zum Teil auch im juristischen Umgang muss sich unsere Gesellschaft im Hinblick auf rechtsradikale Gewalt noch stärker lösen von einer Neigung zu

entpolitizierenden und deshalb verharmlosenden Bewertungen. Wenn ein Barkeeper, der sich gegen Rassismus wehrt, verprügelt wird, dann ist keine Wirtshausschlägerei. Vielleicht ist unser Bewusstsein dafür angesichts des NSU-Terrors gewachsen.

Die Weimarer Republik, um den Bogen noch einmal zurückzuschlagen, hat politische Gewalt, Gewalt übrigens von rechts und von links, hingenommen, hat sich gegen diese Herausforderung der Demokratie und ihrer freiheitlichen Verfassung kaum gewehrt, kaum zu wehren vermocht. Auch deswegen hat der Weimarer Staat in den Augen vieler Menschen damals an Ansehen und Legitimität verloren. Aber die Weimarer Republik war eben auch eine Demokratie ohne Demokraten. Zu klein war die Zahl derer, die die von so vielen gehasste Republik, die man mit der Kriegsniederlage verband und dem Elend von Inflation und Weltwirtschaftskrise, zu klein war die Zahl derer, die die Republik verteidigten und – als Demokraten – gegen die Feinde der Freiheit und der Menschenwürde anzugehen bereit waren. Auch Indifferenz und Gleichgültigkeit haben die Weimarer Republik mit zerstört. Auch Indifferenz und Gleichgültigkeit haben dem Nationalsozialismus seinen Weg bereitet und ihm dann seine Unrechtsherrschaft, und auch die Diskriminierung, die Verfolgung und schließlich die Ermordung der Juden, erleichtert.

Nein, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, wir befinden uns heute nicht in einer vergleichbaren Situation. Aber Indifferenz und Gleichgültigkeit, das Nicht-Hinsehen, das Nicht-Den-Mund-Aufmachen und das Nicht-Handeln widersprechen einem demokratischen Gemeinwesen und den Prinzipien, auf denen es errichtet ist. Die Regensburger Initiative stärkt deshalb unsere Demokratie. Sie stärkt sie, weil sie begriffen hat und weil sie zum Ausdruck bringt, dass nicht allein der Staat und seine Organe für den Schutz der Demokratie verantwortlich sind, sondern dass wir als Bürger für diese Demokratie eintreten, sie tagtäglich zur „wehrhaften Demokratie“ machen und dadurch schützen müssen.

Zivilcourage ist ein großes Wort. Wenn man an die Zeit des Nationalsozialismus denkt, aber auch an mutiges Verhalten in anderen Diktaturen und Staaten, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, dann fragt man sich zuweilen: Was kann denn Zivilcourage unter den Bedingungen einer freiheitlichen Demokratie sein? Ja, kann es denn Zivilcourage in einer Gesellschaft der Freiheit und der Demokratie überhaupt geben? Solche Fragen sind mehr als berechtigt, und es ist wichtig für uns, sie zu stellen. Eine Antwort darauf, eine Antwort mitten aus unserem Land, eine Antwort mitten aus dem Leben, mitten aus dem Alltag, und doch in ihrer Motivation und ihrer Begründung weit darüber hinausweisend, eine Antwort gibt die

Regensburger Initiative „Keine Bedienung für Nazis“, und darum erhält sie heute den Preis „Das unerschrockene Wort“.

[Stand: 13.4.2013]